Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7997**
16. Wahlperiode 06. 02. 2008

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/7801 –**

Bei wem der Aufschwung ankommt

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundeskanzlerin hat auf dem Parteitag der CDU gesagt, dass der Aufschwung bei immer mehr Menschen ankomme.

1. Bei welchen Personengruppen ist nach Ansicht der Bundesregierung der „Aufschwung angekommen“, und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung?

Von der wirtschaftlichen Erholung in Deutschland profitieren insbesondere diejenigen, die einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben und jene, deren Arbeitsplätze durch die Konjunktur gesichert wurden.

Anders als in vergangenen Phasen guter Konjunktur kommt der Aufschwung auch bei den Menschen an, die mit besonderen Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt konfrontiert sind – den Älteren, den Langzeitarbeitslosen und Arbeitnehmern mit einfachen Qualifikationen. Die Beschäftigungsquote für die über 54-Jährigen ist auf 52 Prozent gestiegen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die einen Arbeitsplatz fanden, wies den höchsten Wert seit 1998 auf.

2. Wie äußert sich nach Ansicht der Bundesregierung das „Ankommen des Aufschwungs“ bei den Menschen?

Der Aufschwung kommt bei den Menschen insbesondere in der Form zusätzlicher Arbeitsplätze und verbesserter Einkommensperspektiven an. Gerade die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm mit einem Plus von 2,6 Prozent außerordentlich kräftig zu. Darüber hinaus hat der Zuwachs an Arbeitsplätzen zu einem kräftigen Anstieg der durch Arbeit erwirtschafteten Einkommen geführt. Nach mehreren Jahren weitgehender Stagnation nahm die Lohn- und Gehaltssumme im vergangenen Jahr um 3,1 Prozent zu.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 4. Februar 2008 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

3. Bei wie vielen Menschen ist nach Ansicht der Bundesregierung der Aufschwung angekommen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?

Bei über 900 000 Menschen ist der Aufschwung seit 2005 direkt in der Form einer Beschäftigung angekommen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung finanzielle Spielräume bei der Bundesagentur für Arbeit konsequent für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent genutzt. Damit kommt der Aufschwung in Höhe von 25 Mrd. Euro im Jahr auch bei den Beitragszahlern an.

Über die Konsolidierung der Haushalte profitieren zudem auch nachkommende Generationen vom wirtschaftlichen Wachstum – in der Form geringerer Staatsverschuldung und dementsprechend größere Gestaltungsmöglichkeiten in der Zukunft.

4. Wie viele Personen in der Bundesrepublik Deutschland hatten 2007 ein höheres Nettoeinkommen zur Verfügung als im Jahr zuvor, und wie viele bezogen davon ein Jahreseinkommen von > 10 000 Euro, 10 000 bis 35 000 Euro, 35 000 bis 50 000 Euro, 50 000 bis 100 000 Euro, 100 000 bis 250 000 Euro, über 250 000 Euro?

Hierzu liegen keine Angaben vor.

5. Wie viele Personen bezogen 2007 ein Einkommen bis zur Höhe des Grundfreibetrages und waren deshalb nicht einkommenssteuerpflichtig, und wie hat sich diese Zahl in den letzten 5 Jahren geändert?

Hierzu liegen keine Angaben vor.

6. Wie viele Personen unterlagen 2007 in der Bundesrepublik Deutschland einem Einkommenssteuersatz von 15 bis 20 Prozent, 20 bis 25 Prozent, 25 bis 30 Prozent, 30 bis 35 Prozent, 35 Prozent bis 40 Prozent bzw. über 40 Prozent, und wie hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen der einzelnen Gruppen in den letzten fünf Jahren geändert?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Die Berechnungen wurden mit dem Mikrosimulationsmodell des Bundesministeriums der Finanzen vorgenommen.

Grenzsteuersatz von … bis unter …	Anzahl der Steuerpflichtigen (in Tausend)				
	2003	2004	2005	2006	2007
15 %–20 %	22	2 303	2 643	2 641	2 628
20 %–25 %	4 965	3 617	3 806	3 808	3 776
25 %–30 %	7 109	7 134	8 187	8 246	8 277
30 %–35 %	5 808	5 270	4 979	5 017	5 211
35 %–40 %	2 252	1 941	1 612	1 633	1 730
40 %–45 %	1 023	883	1 550	1 584	1 617
ab 45 %	1 348	1 192	0	0	54

7. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung 2007 die Teuerungsrate, um welchen Prozentsatz sind die gesetzlichen Renten, die ALG-II-Bedarfssätze bzw. die Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik Deutschland im gleichen Zeitraum gestiegen?

Der Anstieg des Preisniveaus im Jahr 2007 gemessen am Verbraucherpreisindex betrug 2,2 Prozent.

Der aktuelle Rentenwert wurde zum 1. Juli 2007 auf der Grundlage einer anpassungsrelevanten Lohnentwicklung von 0,98 Prozent im Vorjahr und unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsfaktors und der veränderten Altersvorsorgeaufwendungen von 26,13 Euro auf 26,27 Euro angehoben. Dies entspricht einem Anpassungssatz von 0,54 Prozent. Um diesen Anpassungssatz wurde auch der aktuelle Rentenwert (Ost) von 22,97 Euro auf 23,09 Euro angehoben. Die anpassungsrelevante Lohnentwicklung 2006 in den neuen Bundesländern betrug zwar nur 0,49 Prozent, sodass sich rechnerisch eine Anpassung von nur 0,04 Prozent ergeben hätte. Eine gesetzliche Schutzklausel stellt jedoch sicher, dass sich die Angleichung der aktuellen Rentenwerte in West und Ost nicht umkehrt. Deshalb ist der aktuelle Rentenwert (Ost) mindestens um den Vomhundertsatz anzupassen, um den der aktuelle Rentenwert gestiegen ist.

Die Teuerungsrate ist kein Maßstab für die Rentenanpassung, da die gesetzliche Rente als Versicherungsleistung weder bedarfsorientiert noch bedürftigkeitsabhängig ist. Als eine lohnbezogene Leistung werden die Renten vielmehr grundsätzlich an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepasst – was langfristig für die Rentenempfänger auch deutlich günstiger ist als eine Preisindexierung.

Der monatliche Eckregelsatz des Arbeitslosengeldes II betrug im ersten Halbjahr 2007 345 Euro und beträgt ab dem 1. Juli 2007 347 Euro. Im Jahr 2006 lag der Eckregelsatz bei 345 Euro in Westdeutschland und 331 Euro in Ostdeutschland. Der Eckregelsatz stieg zwischen dem Jahr 2006 und dem zweiten Halbjahr 2007 um 0,6 Prozent in Westdeutschland und 4,8 Prozent in Ostdeutschland. Zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2006 gab es keinen Anstieg der Eckregelsätze.

Die Bruttolöhne und Gehälter je Kopf stiegen 2007 nach ersten Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent.

8. Wie hoch ist der Anteil der im Vergleich zum Jahr 2006 in 2007 erzielten Steuermehreinnahmen, der auf die Zahlungen von Unternehmen bzw. Privathaushalten zurückgeht (bitte absolute und relative Angaben), und wie hat sich der Anteil der Unternehmen bzw. Privathaushalte am Steueraufkommen in den letzten 5 Jahren geändert?

Die Daten zu den kassenmäßigen Steuereinnahmen ermöglichen keine Aufteilung nach Zahlungen von Unternehmen und Privathaushalten.

9. Wie viele Menschen haben 2007 ihren Arbeitsplatz verloren?

Von einem Arbeitsplatzverlust wird erst dann gesprochen, wenn das Beschäftigungsverhältnis nicht freiwillig beendet wurde und sich die Arbeitslosigkeit daran anschließt. Zur Beantwortung dieser Frage kann daher die Arbeitslosenstatistik herangezogen werden. Danach meldeten sich im Jahresverlauf 2007 rund 3,12 Millionen Menschen aus der Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche Ausbildung) heraus arbeitslos, darunter 120 000 Selbstständige (ohne Daten von zugelassenen kommunalen Trägern). Allerdings sind in dieser Zugangszahl

auch Personen enthalten, die in geförderter Erwerbstätigkeit beschäftigt waren, also insbesondere in Arbeitsgelegenheiten oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Der Zugang von Arbeitslosengeldbeziehern beschreibt die Zahl der unfreiwilligen Übergänge von Beschäftigung in Arbeitslosigkeit, soweit ein Anspruch auf Arbeitslosengeldbezug vorliegt. So kamen im Jahreszeitraum November 2006 bis Oktober 2007 rund 2,55 Millionen Personen mit Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung neu in den Arbeitslosengeldbezug nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III). Hier kann davon ausgegangen werden, dass vor dem Leistungsbezug ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis beendet wurde.

Bei der Bewertung dieser Zahlen muss berücksichtigt werden, dass das Beschäftigungssystem ein sehr dynamisches System mit vielen Bewegungen ist. Auch in konjunkturell guten Zeiten verlieren Menschen ihren Arbeitsplatz, finden dann aber auch schneller wieder einen neuen. Im Aufschwung nimmt die Fluktuation am Arbeitsmarkt in der Regel zu, beendete und begonnene Beschäftigungsverhältnisse entwickeln sich prozyklisch. Die Aussicht auf eine Lohnerhöhung oder Verbesserung der Arbeitsplatzsituation lässt die Zahl der freiwilligen Kündigungen und der neuen Beschäftigungskontrakte steigen. Dadurch entstehen so genannte Einstellungs- oder Wiederbesetzungsketten, die die gesamtwirtschaftliche Mobilität weiter erhöhen. Entsprechend hat sich die Zahl der beendeten Beschäftigungsverhältnisse in dem oben genannten gleitenden Jahreszeitraum um knapp 4 Prozent und die der begonnenen Beschäftigungsverhältnisse um knapp 10 Prozent erhöht. Dass gleichzeitig die Zahl der Entlassungen abgenommen bzw. entlassene Arbeitnehmer vermehrt ohne Arbeitslosigkeit wieder eine Anschlussbeschäftigung (Job-to-Job) gefunden haben, belegen insbesondere die Daten aus der Leistungsempfängerstatistik. Danach hat der Zugang von Arbeitslosengeldbeziehern im Vorjahresvergleich um 17 Prozent abgenommen.

10. Wie hoch war das durchschnittliche Einkommen der Menschen, die 2007 einen Arbeitsplatz gefunden haben, und wie viele dieser neuen Arbeitsverhältnisse sind unbefristet?

Daten zum Einkommen bei Neueinstellung liegen für das Jahr 2007 wegen der Zeitverzögerung im Eingang der Meldungen und der notwendigen aufwändigen statistischen Aufbereitungen voraussichtlich erst Ende 2008 vor. Momentan könnten Berechnungen für das Jahr 2005 vorgenommen werden. Da hiermit aber ein größerer zeitlicher Aufwand verbunden wäre, können an dieser Stelle keine Aussagen getroffen werden.

Die folgende Auswertung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen stammt aus dem IAB-Betriebspanel. Die derzeit aktuellsten Informationen über die Anteile befristeter Arbeitsverhältnisse und befristeter Neueinstellungen liegen für das Jahr 2006 vor. Dabei zeigt sich, dass Neueinstellungen deutlich häufiger befristet erfolgen, als es die sich auf den Gesamtbestand der Beschäftigungsverhältnisse beziehende durchschnittliche Befristungsquote von sechs Prozent vermuten lassen würde. Der Anteil befristeter Neueinstellungen an allen Neueinstellungen lag im Jahr 2006 bei 43 Prozent.

11. Wie hat sich die Höhe der Spareinlagen in den letzten 5 Jahren entwickelt, insbesondere die Sparguthaben von Haushalten mit kleinem bzw. mittlerem Einkommen?

Es liegen nur Daten über die Entwicklung der Spareinlagen insgesamt vor; eine Aufteilung auf Haushaltstypen ist nicht möglich. Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Einlagen privater Haushalte, vereinbarte Kündigungsfrist bis 3 Monate	Mrd. Euro
31. 12. 2003	502
31. 12. 2004	516
31. 12. 2005	519
31. 12. 2006	487
30. 11. 2007[1)]	440

1) Vorläufig.
Quelle: Monatliche Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Der zu den Stichtagen 31. Dezember 2006 und 30. November 2007 ausgewiesene Rückgang erklärt sich im Wesentlichen aus Umschichtungen. Die Sparquote ist hingegen in 2006 im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 10,5 Prozent geblieben und im ersten Halbjahr 2007 sogar auf 10,9 Prozent angestiegen.

12. Welche Untersuchungen hat die Bundesregierung bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent durchgeführt um festzustellen, wie sich die Steuererhöhung auf Haushalte mit kleinem bzw. mittlerem Einkommen auswirkt?

Die Bundesregierung hat bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte die existierende, breite wissenschaftliche Literatur zu möglichen ökonomischen Wirkungen berücksichtigt. Die Untersuchungen zu Belastungswirkungen ähneln sich in ihren Aussagen bezüglich einer mäßigen regressiven Wirkung. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz, mit dem Güter belegt werden, die gerade bei Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen einen hohen Verbrauchsanteil ausmachen, wurde bei 7 Prozent belassen. So ist eine besondere Belastung einkommensschwächerer Haushalte vermieden worden.

13. Falls die Bundesregierung keine entsprechende Untersuchung durchgeführt hat, welches waren die Gründe, warum die Bundesregierung eine solche für verzichtbar hielt?

Siehe Antwort zu Frage 12.

14. Überprüft die Bundesregierung generell bei der Einführung neuer bzw. bei der Erhöhung von Steuern die Auswirkungen auf die Einkommen der Privathaushalte, und auf welche Weise erfolgt dieses, bzw. warum hält die Bundesregierung entsprechende Untersuchungen für überflüssig?

Die Bundesregierung berücksichtigt bei steuerpolitischen Entscheidungen (insbesondere bei der Einführung neuer bzw. bei der Erhöhung von Steuern) die Auswirkungen auf die Einkommen der Privathaushalte. Grundsätzlich werden hierzu die bestehende Literatur ausgewertet, aber auch Berechnungen durchgeführt, welche die finanziellen Auswirkungen auf die Wirtschaftsteilnehmer abschätzen.

15. Falls die Bundesregierung entsprechende Untersuchungen durchgeführt hat, wie wirkt sich diesen zufolge die Kürzung der Pendlerpauschale, die Kürzung des Sparerfreibetrages, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Erhöhung der Versicherungssteuer auf Haushalte mit kleinem bzw. mittlerem Einkommen aus?

Bei den genannten Maßnahmen handelt es sich überwiegend um den gezielten Abbau von Steuervergünstigungen, der u. a. einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leistet. Die volkswirtschaftlich positiven Effekte beispielsweise der Abschaffung der Eigenheimzulage belegen mehrere Veröffentlichungen (vgl. Gutachten zu „Wirkungen der Eigenheimzulage" durch Färber und Renn [2002]). Die genannten Maßnahmen gehören zu einem Gesamtpaket, dessen positive Wirkungen von der jüngsten Wirtschaftsentwicklung belegt wurden. Von diesem Wirtschaftsschub haben auch Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen profitiert. Nur belastende Wirkungen des Pakets aufzuzeigen, würde dem Gesamtergebnis nicht gerecht.

16. Hat sich der Wohlstand der Haushalte mit kleinem und mittleren Einkommen 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 signifikant erhöht, und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung?

Die bis heute vorliegenden Statistiken zur Einkommensverteilung bilden den konjunkturellen Aufschwung noch nicht ab. Die jüngste Datenquelle der amtlichen Statistik mit Informationen zur Einkommensverteilung (EU-SILC 2006) basiert auf Angaben der Befragten zu ihrer Einkommenssituation im Jahr 2005.

17. Wie stellt sich die Summe der Belastungen bzw. Entlastungen aller im Jahre 2007 beschlossenen politischen Maßnahmen der Bundesregierung bezogen auf die Privathaushalte dar?

Die Betrachtung von belastenden Einzelmaßnahmen darf nicht den Blick darauf verstellen, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung auf eine nachhaltige Verbesserung von Kaufkraft und Beschäftigung bei gesunden öffentlichen Finanzen gerichtet ist. Die ersten Früchte dieser Politik können bereits in Form von verbessertem Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsanstieg geerntet werden. Die belastenden Maßnahmen sind an den Gesichtspunkten der individuellen Leistungsfähigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet und im Ergebnis zumutbar ausgestaltet. Die Alternative eines Verzichts auf Haushaltskonsolidierung und Reformen würden letztlich die Chancen auf Verbesserung bei Beschäftigung und Einkommen vor allem auch zulasten von Bürgern mit geringem Einkommen verschlechtern.

Im Jahr 2007 wurde eine Vielzahl von politischen Maßnahmen beschlossen, die unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Privathaushalte haben.

Stellvertretend aus steuer- und abgabenpolitischer Sicht sei die weitere Absenkung der Lohnnebenkosten durch die Reduzierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent genannt. Auch von der Unternehmensteuerreform 2008 werden die Privathaushalte profitieren, zwar nicht durch eine unmittelbare finanzielle Entlastung, dafür aber durch eine nachhaltige Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Im Ergebnis dieser Maßnahme werden die Lohnzusatzkosten, d. h. die paritätisch finanzierten Beitragssätze in der Sozialversicherung, erneut sinken und noch deutlicher als 2007 unter 40 Prozent liegen.

Insgesamt ist die Bundesregierung davon überzeugt, dass die in 2007 beschlossenen Maßnahmen die Situation der Menschen in Deutschland nachhaltig verbessern werden.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333